Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 27. Januar 2010
Ausgabe 017

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› Spendenaufruf „München hilft Haiti“ 5
› Startschuss für das neue „Energieeffizienz-Netzwerk München-Oberbayern” 6
› Weitere Höhepunkte der „Münchner Zukunftsreihe“ 7
› Ausstellung „Deutscher Städtebaupreis 2008 – Jüdisches Zentrum München" im PlanTreff bis 26. Februar verlängert 8
› Bewerbungsschluss für Starter-Filmpreise 2010 9
› Winterdienstbilanz für Dienstag, 26. Januar 10
› Die Gäste der Villa Waldberta im Februar 10
› Monacensia: Vortrag „Erich Kuby bei der Süddeutschen Zeitung“ 12
› „Munich Rocks!” im Ampere 12
› Workshop „Zweier Circus“ im Münchner Stadtmuseum 13
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**
› Wie hygienisch sind Münchner Dönerbuden wirklich? Wie leistungsfähig ist der städtische Wirtschaftskontrolldienst? 14
› Bald zwei islamische Großprojekte in München? (I und II) 18
› Unregelmäßigkeiten rund um das „Münchner Heldengedenken” am 14.11.2009 (I und II) 21

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **28**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 28. Januar, 13 Uhr, Ratstrinkstube
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht als Schirmherr Grußworte zum Auftakt des „Energieeffizenz-Netzwerkes München-Oberbayern". Initiiert im Rahmen des so genannten Nationalen Energieeffizenzplanes, und realisiert und gefördert im Rahmen der „Klimaschutzinitiative" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit soll das neue Netzwerk als eines von bundesweit 30 so genannten Pilot-Netzwerken dazu beitragen, in den teilnehmenden Unternehmen wirtschaftliche Energieeffizenz-Potenziale zu erschließen, die spezifischen Energiekosten zu senken und die CO_2-Emissionen zu verringern. Das Energieeffizienz-Netzwerk München-Oberbayern ist auf eine Laufzeit von maximal vier Jahren ausgelegt.
DerTermin ist auch für Fotografen geeignet.
(Siehe auch unter Meldungen)

Wiederholung
Donnerstag, 28. Januar, 14 Uhr, Großer Sitzungssaal im Rathaus
Regionskonferenz „Verkehrsinfrastruktur und Regionsentwicklung – zweiter S-Bahntunnel, Flughafenanbindung" – eine Veranstaltung des Verkehrsparlamentes der Süddeutschen Zeitung und des Regionalen Planungsverbandes München im Rahmen der „Münchner Zukunftsreihe". Podiumsteilnehmer sind Martin Zeil, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Paul Bickelbacher, Stadtrat Landeshauptstadt München, Michael Sedlmair, Erster Bürgermeister Gemeinde Ismaning, Dr. Otmar Bernhard, Staatsminister a. D., Mitglied des Bayerischen Landtags, und Oberbürgermeister Christian Ude. Moderation: Dr. Gernot Sittner, ehemaliger Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung.

Wiederholung
Donnerstag, 28. Januar, 19 Uhr, Großer Sitzungssaal im Rathaus
„Älter, bunter, mehr – Soziodemografischer Wandel und die Herausforderungen für die Münchner Stadtgesellschaft" – eine Tagung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung. Zu Beginn wird Oberbürgermeister Christian Ude einen kurzen Überblick über die aktuellen und zu erwarten-

den demografischen und sozialstrukturellen Trends in München geben. Im Anschluss wird ein Diskurs mit ausgewiesenen Experten stattfinden, moderiert von OB Ude. Auf dem Podium: Professor Dr. Hans Bertram, Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied der Arbeitsgruppe „Forum demografischer Wandel" des Bundespräsidenten und der Bertelsmann-Stiftung, Professor Dr. Bert Rürup, Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Demografischer Wandel", Professor Dr. Armin Nassehi, Ludwig-Maximilians-Universität, Mitglied des Konzils der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und Herausgeber der Zeitschrift „Soziale Welt", und Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München.

Freitag, 29. Januar, 15 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Prämierung der Sieger aus dem bundesweiten Schülerquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb", das für die Region München von den Wirtschaftsjunioren München e.V. organisiert wurde. An dem Quiz haben sich rund 700 Schülerinnen und Schüler der 9.Jahrgangsstufe aus Münchner Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen beteiligt, ausgezeichnet werden jeweils die erst- und zweitplatzierten Schulklassen je Schulart. Im Rahmen der Preisverleihung stellen sich die vier besten Schulklassen noch einmal einer Schätzfrage. Diejenige Klasse, die mit ihrer Antwort dem richtigen Ergebnis am nächsten kommt, darf Ende Februar am Bundesfinale des Schülerquiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb" in Potsdam teilnehmen.

Montag, 1. Februar, 10 Uhr, Friedrich-Ebert-Straße 3
Stadträtin Dr. Inci Sieber (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Wilhelmine und Josef Kuglstatter im Namen der Stadt zur Eisernen Hochzeit.

Montag, 1. Februar, 11 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Bürgermeisterin Christine Strobl, Willy Bogner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH, und Ralph Huber, Geschäftsführer der Olympiapark München GmbH, stellen die Pläne für das erste Münchner Wintersportfestival vor. Während in Vancouver die deutsche Mannschaft um olympische Medaillen kämpft, können Groß und Klein beim Münchner Wintersportfestival vom 26. bis 28. Februar im Olympiapark die Vielfalt des Sports nicht nur kennenlernen, sondern auch gleich verschiedenste Trendsportarten ausprobieren.

Montag, 1. Februar, 12 Uhr, Erich-Kästner-Straße 18
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Peternel im Namen der Stadt zum 103. Geburtstag.

Montag, 1. Februar, 12.30 Uhr, Gollierstraße 75
Stadträtin Ulrike Boesser (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Müller im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 3. Februar, 16 Uhr,
Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 6 (Sendling) mit dem Vorsitzenden Günter S. Pelkowski.

Mittwoch, 3. Februar, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Spendenaufruf „München hilft Haiti“

Liebe Münchnerinnen
und Münchner!

Das verheerende Erdbeben am 12. Januar in Haiti hat nach Schätzungen weit mehr als 100.000 Tote und 250.000 Verletzte gefordert und eineinhalb Millionen Menschen obdachlos gemacht – und dies in einem Land, das zu den ärmsten der Erde zählt.
Die Menschen in Haiti brauchen die Hilfe der gesamten Weltgemeinschaft und auch die Unterstützung aus München. Deswegen hat der Münchner Stadtrat 100.000 Euro Soforthilfe zugesagt. Und deswegen bitte ich Sie:
Spenden auch Sie für Haiti!
Helfen Sie mit, dass die vielen traumatisierten und verletzten Menschen diesen schrecklichen Alptraum überstehen und wieder in ein menschenwürdiges Leben zurückfinden können!
Bei der Umsetzung der Hilfsmaßnahmen arbeiten wir mit zwei Münchner Hilfsorganisationen zusammen: mit „Ärzte der Welt“ und „Handicap International“. Beide verfügen über umfangreiche internationale Erfahrung in der Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe und waren auch schon vor dem Beben in Haiti aktiv. Wir konzentrieren unsere Hilfe auf die medizinische Versorgung, denn hier gibt es einen ganz besonderen Bedarf in Haiti, und hier kann München viel Wissen und Erfahrung einbringen. Wenn Sie diese Arbeit unterstützen wollen, spenden Sie bitte auf folgendes Konto:

Spendenkonto:	***München hilft Haiti***
Konto-Nummer:	***596***
Bankleitzahl:	***700 20 500***
Geldinstitut:	***Bank für Sozialwirtschaft***

Herzlichen Dank für Ihr Mitgefühl und für Ihr Engagement!

Ihr Christian Ude

Startschuss für das neue „Energieeffizienz-Netzwerk München-Oberbayern"

(27.1.2010) Ein Schlüssel für eine neue Energie- und Klimapolitik liegt in der konsequenten Steigerung der Energieeffizienz und der deutlichen Senkung des Energieverbrauchs. Damit lässt sich nicht nur der Treibhausgas-Ausstoß reduzieren, sondern auch die Abhängigkeit von Energieimporten verringern. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat deshalb im Oktober 2008 mit dem „Nationalen Energieeffizienzplan" ein ambitioniertes Maßnahmenpaket vorgestellt, durch das ein Großteil der wirtschaftlich nutzbaren Möglichkeiten zur Energieeffizienz-Steigerung und zur Senkung des Energieverbrauchs verwirklicht werden kann. Zahlreiche Fördermaßnahmen, die in dem Nationalen Energieeffizienzplan aufgeführt sind, werden mit der „Klimaschutzinitiative" des BMU realisiert. Im Rahmen dieser Klimaschutzinitiative fördert das BMU in den Jahren 2009 bis 2012 bundesweit 30 Pilot-Netzwerk für Klimaschutz und Energieeffizienz.

Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Hep Monatzeder startet - in Bayern erstmals auf kommunaler Ebene – am morgigen Donnerstag ein neues Energieeffizienz-Netzwerk für München und Oberbayern. Hauptziel des neuen „Energieeffizienz-Netzwerk München-Oberbayern" – das vorerst auf eine Laufzeit von dreieinhalb Jahren angelegt ist – ist es, in den teilnehmenden Unternehmen wirtschaftliche Energieeinsparpotenziale aufzudecken und umzusetzen. Hierdurch können nicht nur betriebliche Energiekosten reduziert, sondern auch CO_2-Emissionen vermindert und so ein aktiver Beitrag zum lokalen und regionalen Klimaschutz geleistet werden. Das Energieeffizienz-Netzwerk München-Oberbayern wird, wie auch die übrigen Netzwerke, auf Bundesebene vom Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI) wissenschaftlich begleitet. „Vor Ort" erfolgt die wissenschaftliche Unterstützung durch die Forschungsstelle für Energiewirtschaft FfE. Die Projektmoderation hat die „Arqum – Gesellschaft für Arbeitssicherheits-, Qualitäts- und Umweltmanagement mbH" übernommen. Grundlage für die angestrebten Energiekostensenkungen ist in den letzten fünf Jahren entwickeltes und erprobtes Netzwerk-Managementsystem das bereits in 20 Netzwerken in Deutschland erfolgreich eingesetzt werden konnte. Um ein möglichst großes Energieeffizenzpotential „schöpfen" zu können, erhalten die teilnehmenden Unternehmen eine umfassende professionelle Initialberatung und können von einem praxisorientierten Erfahrungsaustausch und regelmäßigen Expertenvorträgen profitieren. Ein wissenschaftliches Monitoring soll die erzielten Erfolge erfassen und eine neutrale Bewertung der erreichten Kosteneinsparungen und vermiedenen Treibhausgas-Emissionen gewährleisten.

Das neue Netzwerk versteht sich als Kooperationsangebot und Vernetzungsplattform für die Wirtschaft in München und Oberbayern und wird mit voraussichtlich 13 Unternehmen unterschiedlicher Größe und aus unterschiedlichen Branchen aus München und Oberbayern an den Start gehen. Hierzu gehören derzeit die folgenden Unternehmen:

- BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH
- Chemtura Manufacturing Germany GmbH
- Edeka Handelsgesellschaft Südbayern mbH
- Haupt Pharma AG
- HAWE Hydraulik SE
- Hilti Deutschland GmbH
- Knorr-Bremse AG
- MAN Nutzfahrzeuge AG
- MAX BÖGL Transport und Geräte GmbH & Co. KG
- Motoren Bauer GmbH & Co KG
- MTU Aero Engines GmbH
- Schreiner Group GmbH & Co KG
- Stadtsparkasse München

Weitere interessierte Unternehmen können noch bis Ende Februar in das neue Netzwerk aufgenommen werden; aktuell sind noch zwei Plätze frei. Für detaillierte Informationen können sich Interessenten an Frau Anna Gruber, Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft mbH (Telefon 15 81 21-62), wenden. Im Rahmen der offiziellen Auftaktveranstaltung stellen die Projektpartner das Netzwerk vor und informieren über die Netzwerk-Teilnehmer und das weitere Vorgehen.

Weitere Höhepunkte der „Münchner Zukunftsreihe“

(27.1.2010) Bei der „Münchner Zukunftsreihe“ unter Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude stehen nach dem Start im vergangenen Jahr mit den Ursachen der Finanzkrise sowie Zukunftsfragen der Mobilität und des Wohnungsbaus drei weitere Höhepunkte auf dem Programm:

- Donnerstag, 28. Januar, 14 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal :
  „**Verkehrsinfrastruktur und Regionsentwicklung –**
  2. S-Bahntunnel, Flughafenanbindung“
  Eine Gemeinschaftsveranstaltung mit dem SZ-Forum und dem Regionalen Planungsverband München – unter der Moderation des ehemaligen SZ-Chefredakteurs Dr. Gernot Sittner diskutieren Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP), der Vorsitzende des Regionalen Planungsverbandes München Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), der Münchner CSU-Vorsitzende Dr. Ottmar Bernhard (MdL), Stadtrat Paul Bickel-

bacher (Die Grünen/Bündnis 90) und Michael Sedlmair (Freie Wähler), Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning.

- Donnerstag, 28. Januar, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal:
  „Älter, bunter, mehr – Soziodemografischer Wandel und die Herausforderungen für die Münchner Stadtgesellschaft“
  Nach einer Einführung durch Oberbürgermeister Christian Ude diskutieren Professor Dr. Hans Bertram von der Humboldt-Universität Berlin, Mitautor der UNICEF-Studie zur Lage von Kindern und Jugendlichen in Industrieländern sowie Vorsitzender der Kommission für den 7. Familienbericht des Deutschen Bundestags, der Münchner Soziologe Professor Dr. Armin Nassehi, der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Bert Rürup, der zehn Jahre Mitglied und wissenschaftlicher Berater der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ des Deutschen Bundestags war, sowie die Münchner Stadtbaurätin und Stuttgarter Honorarprofessorin Dr. (I) Elisabeth Merk.
- Donnerstag, 4. Februar, 18.30 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal:
  „Zukunft Prekariat? Prekäre Arbeitsverhältnisse, Verarmungstendenzen und Gegenstrategien“
  Diese Veranstaltung ist zugleich der Münchner Auftakt zum „Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung“(bereits um 16.30 Uhr beginnt im Kleinen Sitzungssaal die Informationsveranstaltung „Märkte der Möglichkeiten“).
  Auf dem Podium diskutieren nach Einführungen durch Oberbürgermeister Christian Ude und Professor Dr. Christoph Butterwegge (Universität zu Köln) die Vorsitzende des Sozialverbandes VdK Deutschland Ulrike Mascher, der Leiter der Abteilung Berufsbildung der IHK für München und Oberbayern Dr. Josef Amann, der Vorsitzende der DGB-Region München Christoph Frey, die Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Oberbayern Karin Majewski und der Münchner Sozialreferent Friedrich Graffe.

Anmeldungen für die Veranstaltungen am 28. Januar sind noch möglich unter der E-Mail-Anschrift Zukunft@muenchen.de unter den Kennworten „Verkehr“ und „Alter“.

Ausstellung „Deutscher Städtebaupreis 2008 – Jüdisches Zentrum München" im PlanTreff bis 26. Februar verlängert

(27.1.2010) Wegen des anhaltenden Interesses wird die Ausstellung „Deutscher Städtebaupreis 2008 – Jüdisches Zentrum München" bis zum 26. Februar verlängert.

Das Jüdische Zentrum gewann 2008 den Deutschen Städtebaupreis. Mit dem Städtebaupreis, der alle zwei Jahre von der Deutschen Akademie für

Städtebau und Landesplanung zusammen mit der Wüstenrot Stiftung verliehen wird, werden in der Bundesrepublik Deutschland realisierte städtebauliche Projekte prämiert. Sie alle zeichnen sich durch nachhaltige und innovative Beiträge zur Stadtbaukultur sowie zur räumlichen Entwicklung im städtischen und ländlichen Kontext aus. Die Wanderausstellung stellt auf 14 Tafeln das Jüdische Zentrum sowie weitere prämierte Projekte vor. Die Ausstellung ist täglich von 8 bis 18 Uhr geöffnet (an Wochenenden und Feiertagen geschlossen). Der Eintritt ist frei.

Bewerbungsschluss für Starter-Filmpreise 2010

(27.1.2010) Nur noch bis Montag, 1. Februar (Datum des Poststempels), können sich Nachwuchs-Regisseurinnen und -Regisseure für die Starter-Filmpreise bewerben. Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München vergibt jährlich drei mit jeweils 6.000 Euro dotierte Starter-Filmpreise für Regie-Nachwuchs. Zusätzlich wird auch 2010 wieder ein Starter-Filmpreis/ Produktion – gestiftet von „ARRI Film & TV" – verliehen.
Bewerben können sich nur Nachwuchs-Regisseurinnen und -Regisseure, die am Anfang einer professionellen Regie-Laufbahn stehen. Amateur- oder Hobby-Filmer sind von der Bewerbung ausgeschlossen. Angenommen werden Arbeiten aus den Bereichen Spiel-, Dokumentar- und Experimentalfilm (auch Kinder- und Jugendfilme), wobei die Filmlänge nicht vorgeschrieben ist. Der Starter-Filmpreis für Produktion unterstützt besonders mutige und kreative Filmproduktionen, die sich trotz geringen Budgets durch hohe Qualität auszeichnen. Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Wohnort in München (Einzugsbereich der S-Bahn) haben. Über die Vergabe entscheidet auf Vorschlag einer Jury der Stadtrat der Landeshauptstadt München.
Die Preisverleihung findet am 15. September zusammen mit dem Kinoprogrammpreis im ARRI-Kino statt.

Für die Einreichung 2010 ist Folgendes zu beachten:

Zugelassen sind nur Produktionen, die 2009 fertiggestellt wurden; das Copyright-Datum ist ausschlaggebend. Die Filme müssen zum Zeitpunkt der Bewerbung schon auf Filmmaterial (16 Millimeter oder 35 Millimeter) oder auf professionellem Videomaterial (Betacam SP, DigiBeta) vorliegen bzw. im Falle von Mini- als Ausgangsmaterial auf die Formate umkopiert worden sein.
Die Bewerbung muss enthalten:

- drei DVDs des vorgeschlagenen Films
- in dreifacher Ausfertigung Informationsmaterial über den/die Filmemacher/in (Biografie, Filmografie) und die Produktion (Produktionsstab, technische Daten, Produktionsbudget inklusive Beistellungen in Form geldwerter Leistungen, Fördermittel, empfangene Preise)

Die Unterlagen sind **bis spätestens Montag, 1. Februar** einzusenden an: Landeshauptstadt München, Kulturreferat, Abteilung 1 – STARTER, Burgstraße 4, 80331 München.
Im Ausnahmefall kann die Bewerbung auch persönlich im Kulturreferat in der Burgstraße 4 abgegeben werden (Poststelle, Zimmer 327, Montag bis Donnerstag von 8 bis 15 Uhr, Freitag 8 bis 12.30 Uhr. Nach Öffnung der Bürozeiten können die Unterlagen auch beim Sonderbriefkasten am Rathaus/Fischbrunnen eingeworfen werden.
Weitere Infos sind telefonisch unter Telefon 2 33-2 60 47 oder 2 33-2 51 53 oder per E-Mail unter andreas.rost@muenchen.de erhältlich.

Winterdienstbilanz für Dienstag, 26. Januar
(27.1.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Dienstag, 26. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 901 Fahrzeuge: 673
Streuguteinsatz:
Salz: 702,5 t Splitt: 1.132,65 t
Kosten des Einsatztages: 632.441,62 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 23
Bisherige Einsatztage: 67
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2009/2010: ***11.727.749,15 Euro***

Die Gäste der Villa Waldberta im Februar
(27.1.2010) Im Februar und März müssen in der Villa Waldberta in Feldafing, dem internationalen Künstlerhaus der Stadt München, drei Appartements geschlossen bleiben, deren Bäder nach 20 Jahren grundlegend renoviert werden. Dennoch haben sich zwei Stipendiaten getraut, die restlichen Appartements auf der Baustelle zu bewohnen. In der Villa Waldberta sind im Februar folgende Künstler zu Gast:
Boris Manner (Wien/Österreich)
Geboren 1961in Kärnten studierte in Wien Philosophie und machte dort zudem eine Ausbildung zum Kulturmanager. Von 1992 - 1996 arbeitete er für den ORF, Abteilung Musik und Theater, und war von 1987 - 2001 an zahlreichen Film- und Fernsehproduktionen als Schauspieler, Regieassistent und Regisseur beteiligt, u. a. bei „Der Fall Bachmann" (1991; Regie) und „Malina" von Werner Schroeter 1992.
Seit 2006 ist Boris Manner als Kurator und Berater für die Stella Art Foundation, Moskau tätig. Die letzten von ihm kuratierten Ausstellungen waren: „In situ" mit Elena Elagina & Igor Makarevich im kunsthistorischen Museum Wien (2009), „Parasite Paradise" mit Stefan Körner, „Burg Forchten-

stein" (2008); „The Elements of Light, Art Athina, Hellenic American Union in Athen" (2008). Gemeinsam mit Michael Aschauer und Günter Seyfried hat Boris Manner das Medienkunstprojekt „Donkontrol" 2006 bei den March Music Days in Rousse, Bulgarien verwirklicht. Zur Zeit arbeitet er außerdem als Wissenschaftler am Zentrum für Kunst- und Wissenstransfer an der Universität für angewandte Kunst in Wien.
Einige seiner letzten Publikationen waren: „In situ" (Herausgeber), Kunsthistorisches Museum/Stella Art Foundation, Wien (2009); „Ins Offene", in: „Bernhard Hosa, Menschen und Häuser", in: „Notopia", Neue Galerie am Landesmuseum Johanneum, Graz (2008); „The Difference between Idea and Result", in: „Anselm Kiefer, Skira Milano", Guggenheim Bilbao (2007); „The Difference and the Repetition", in: „Nature Morte", Stella Art Foundation, Moskau (2007); Broncia Koller, (Herausgeber), Brandstätter, Wien (2007); „Die Vorzeit des Sichtbaren", schleebrügge editor, Wien (2006). Und außerdem beschäftigt er sich seit 1997 intensiv mit dem Thema Gnosis und Alchemie und hat u. a. für Anselm Kiefer dazu konzeptuelle Arbeiten verfasst.
Boris Manner ist auf Vorschlag der städtischen Kunsthalle lothringer13 eingeladen, um über den österreichischen Maler Theodor Allesch (Künstlername: Alescha) zu forschen, der von 1919 - 1923 auch in München tätig war.

Nikola Suica (Belgrad/Serbien)

Der promovierte Kunsthistoriker, Autor und Kurator ist 1960 in Belgrad geboren und unterrichtet an der Kunstakademie seiner Heimatstadt. Er ist zudem vielfältig in der Kulturszene Serbiens tätig. So ist er u. a. Mitherausgeber der Alexandria Press, ein internationales Büchermagazin, er arbeitet seit Jahren mit diversen Kulturinstituten (Goethe-Institut, British Council, Instituto Cervantes) in Belgrad im Bereich Literatur, Kunst, Film und Videokunst zusammen. Nikola Suica hat eine Reihe von Monographien über Kunst verfasst und immer wieder auch für Radiosender Interviews und Essays produziert. Er gilt als herausragende Kulturpersönlichkeit mit zahlreichen Kontakten zur serbischen und jüdischen Szene vor Ort. In der Villa Waldberta wird er sich mit Leon Koen (1859 - 1934) beschäftigen, über den er eine Monographie in serbisch verfasst hat. Der jüdische Maler wohnte seit 1884 in München und hat dort an der Kunstakademie studiert. Viele seiner Werke gelten als verschollen und so erhofft sich Nikola Suica über Recherchen in Münchner Archiven weitere Informationen.

Monacensia: Vortrag „Erich Kuby bei der Süddeutschen Zeitung“
(27.1.2010) Erich Kuby begann 1946/47 beim „Ruf“ seine journalistische Karriere, aber bereits während seiner Tätigkeit für die Zeitschrift hatte er mehrfach für die Süddeutsche Zeitung geschrieben. Am 12. April 1948 trat er ihr, von Werner Friedmann angeworben, endgültig als Redakteur bei. Erich Kuby war so etwas wie der erste Chefreporter der SZ; im Impressum vom Sommer 1949 wird er als leitender Redakteur geführt. Er unterstand keinem Ressort und schrieb sowohl für den Politik- als auch den Kulturteil der Zeitung. Insgesamt verfasste er während seiner zehnjährigen Redaktionszugehörigkeit mindestens 665 Artikel, vielfach in Serien veröffentlichte Reportagen. Mit 102 Artikeln im Jahr 1950 war Erich Kuby zu dem Zeitpunkt am produktivsten, als er auch die regelmäßige Mitarbeit an den von Eugen Kogon und Walter Dirks herausgegebenen „Frankfurter Heften“ aufnahm.
Im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „Erich Kuby zum 100.“ hält Professor Dr. Wolfgang R. Langenbucher (Publizistik-Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien) am Freitag, 29. Januar, um 18 Uhr im städtischen Literaturarchiv Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, den Vortrag „Erich Kuby bei der Süddeutschen Zeitung in München“. Der Schauspieler und Sprecher Hans Jürgen Stockerl liest den Text „Das Jahr des unabhängigen Journalisten” von Erich Kuby. Der Eintritt kostet 5 Euro, Karten sind ab 17.30 Uhr an der Kasse erhältlich.
Ebenfalls am Freitag, 29. Januar, um 17 Uhr, führt die Kuratorin Susanna Böhme-Kuby durch die Ausstellung „Erich Kuby zum 100.“ Der Eintritt kostet 5 Euro. Die Ausstellung „Erich Kuby zum 100. AufZEICHNUNGEN. Mein Krieg 1939 - 1945“, ist noch bis 5. Februar Montag bis Mittwoch von 9 bis 17 Uhr, Donnerstag 10 bis 19 Uhr und Freitag 9 bis 15 Uhr, in der Monacensia (Maria-Theresia-Straße 23) zu sehen. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen sind unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia* abrufbar.

„Munich Rocks!” im Ampere
(27.1.2010) Bereits zum dritten Mal veranstalten das Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Muffatwerk, Abendzeitung, m94,5, in münchen und Bang Bang! Concerts „Munich Rocks!” im Ampere. Mit der Veranstaltungsreihe soll die bayerische Musikszene und Livemusik als wesentlicher kultureller Bestandteil der Stadt München unterstützt und gefördert werden. Qualitativ guten Bands jeglicher Musikrichtung, die von Spezialisten der Münchner Musikszene ausgesucht werden, wird ein adäquater Rahmen geboten, um sich mit professioneller organisatorischer, technischer und medialer Begleitung der Öffentlichkeit präsentieren zu können.

Es stehen vor allem Bands aus München, dem Münchner Umland und Bayern im Vordergrund. Pro Veranstaltung treten zwei Bands auf, die von ihrer Programmgestaltung und Darstellung gleich gewichtet werden. „Munich Rocks!" wird auch als Plattform für CD-Neuveröffentlichungen genutzt.
Beim dritten „Munich Rocks!" am Freitag, 29. Januar, 21 Uhr, tritt das in der Szene für seinen Indierock-Gitarrenpop bekannte Quartett „Celest" um den Frontmann und irischen Wahlmünchner Ollie Purcell auf. Das zweite Highlight an diesem Abend bildet das erst kürzlich gegründete Duo „Dudeman" mit Schlagzeuger Flo Schanze und dem von den Bahamas stammenden Sänger und Gitarristen Tom Snively III. Die beiden mischen Indierock mit klassischen Punkelementen. Darüber hinaus gibt die Nachwuchs-Sängerin/Songwriterin „Theresa Chanson" zwischen den beiden Bands einen Beweis ihres Könnens.
Im Anschluss an das Konzert bitten die DJs „Alex D'Espace" und „Mr. AM to PM" vom Starmelt Club München mit einem Mix aus Elektro, Indierock und Chart-Remixen auf die Tanzfläche. Der Eintritt zu „Munich Rocks!" am Freitag, 29. Januar, 21 Uhr, im Ampere (Zellstraße 4) ist frei. Nähere Informationen sind im Internet unter *www.muffatwerk.de* oder *www.bangbangconcerts.de* ersichtlich.

Workshop „Zweier Circus" im Münchner Stadtmuseum
(27.1.2010) Die Tänzerin Olga und der Clown Pierino entführen am Samstag, 30. Januar, und am Sonntag, 31. Januar, jeweils von 15 bis 17 Uhr, im Stadtmuseumssaal des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, Erwachsene und Kinder mit Clownerien, Tanz und Musik in die Welt des Zirkus. Das Publikum ist nicht nur Zuschauer, es wird in die kleinen Abenteuer des „Zweier Circus" eingebunden. Der Eintritt kostet 6 Euro für Erwachsene. Für Kinder bis 15 Jahren ist der Eintritt frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 27. Januar 2010

Wie hygienisch sind Münchner Dönerbuden wirklich?
Wie leistungsfähig ist der städtische Wirtschaftskontrolldienst?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.11.2009

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 25.11.2009, in der Sie sich erneut kritisch mit der Hygiene in der Münchner Gastronomie und der Leistungsfähigkeit der städtischen Lebensmittelüberwachung auseinander setzen, hat mir Herr Oberbürgermeister Christian Ude zur unmittelbaren Beantwortung übergeben.

Ihre Fragen werden daher nach inhaltlicher Abstimmung mit dem Oberbürgermeister wie folgt beantwortet:

Frage 1:
Wie lassen sich nach Auffassung der Stadt die offenbar erheblich voneinander abweichenden Befunde des Münchner Wirtschaftskontrolldienstes (WKD) und der in den Medienberichten erwähnten staatlichen Lebensmittelüberwachung in puncto Lebensmittelhygiene bei Dönerständen erklären?

Antwort:
Es handelt sich hierbei nicht um eine Abweichung.
Ihre Frage aus der vorhergehenden Anfrage vom 24.06.2009 lautete: „Mussten aufgrund von Beanstandungen in den Kalenderjahren 2007 und 2008 Dönerstände geschlossen werden?" und die Antwort darauf war, dass keine Gewerbeuntersagungen für Dönerstände in diesen Jahren vorgenommen werden mussten.
Mängel in puncto Reinigung und Desinfektion, wie in dem Bericht der staatlichen Lebensmittelüberwachung erwähnt, führen nicht automatisch zu einer Schließung eines Betriebes oder zur Untersagung der Gewerbeausübung.
Zunächst sind die verwaltungsrechtlichen Mittel auszuschöpfen (Bußgelder, Strafverfahren, Anordnungen etc.), bevor eine Betriebsschließung und damit ein besonders massiver Eingriff in das Grundrecht auf freie Berufsausübung in Betracht kommt. Dies entspricht dem rechtsstaatlichen

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, den die Verwaltung bei ihrem Handeln stets zu beachten hat.
Eventuelle, in den Münchner Dönerständen vorgefundenen Hygienemängel waren für derart einschneidende Maßnahmen jedenfalls nicht ausreichend.

Frage 2:
Inwieweit sieht die Stadt angesichts der o. g. Pressemeldung Handlungsbedarf, die eigene Lebensmittelüberwachung – insbesondere durch den Wirtschaftskontrolldienst – ggfs. wirkungsvoller zu gestalten, z.B. durch Personalaufstockung, häufigere Kontrollen etc.?

Antwort:
Der Wirtschaftskontrolldienst (WKD) war ein Dienstzweig der Polizei, der in Baden-Württemberg die Vollzugshandlungen im Bereich der behördlichen Lebensmittelüberwachung ausführte.
Mit Wirkung zum 1. Januar 2005 wurde dieser Wirtschaftskontrolldienst im Rahmen einer Verwaltungsreform aufgelöst.
Der Ausdruck Wirtschaftskontrolldienst existierte in der Terminologie der Lebensmittelüberwachung für das Land Bayern nicht. Die Aufgaben, die im Land Baden-Württemberg durch den WKD ausgeführt wurden, werden hier von der Lebensmittelüberwachung, die den Landratsämtern bzw. kreisfreien Städten angegliedert ist, wahrgenommen.
Die von Ihnen vorgeschlagene wirkungsvollere Gestaltung der Lebensmittelüberwachung durch den WKD ist daher schon faktisch nicht möglich.

Mit Beschluss des Stadtrates vom 07.10.2009 wurde auf Grundlage einer analytischen Stellenbemessung der aktuelle Bedarf im Außendienst der Lebensmittelüberwachung des Kreisverwaltungsreferates festgelegt (vgl. auch Antwort zu Frage 3).
Die Häufigkeit von Betriebskontrollen erfolgt u. a. nach einer EU-einheitlichen Risikobewertung.
Der vom Stadtrat beschlossene Stellenbedarf bezieht sich auf die im Rahmen dieser Risikobewertung ermittelten Pflichtkontrollen sowie die Anlass bezogenen Kontrollen.

Frage 3:
Wie ist der städtische Wirtschaftskontrolldienst derzeit organisiert? Über wie viele Mitarbeiter verfügt er? Davon wie viele a) im Kontrolldienst, b) im Labordienst?

Antwort:
Die städtische Lebensmittelüberwachung ist den fünf Bezirksinspektionen angegliedert.
Derzeit verfügt die Lebensmittelüberwachung über 46 Stellen für den Außendienst sowie über 6 Stellen zur Koordination bzw. Organisation.
Die Lebensmittelüberwachung der Landeshauptstadt München verfügt jedoch nicht über eigenes Laborpersonal. Die notwendigen Untersuchungen der hier gezogenen Proben werden vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im benachbarten Oberschleißheim vorgenommen. Der dortige Personalstand entzieht sich unserer Kenntnis.

Frage 4:
Inwieweit bezieht der WKD auch das Personal der untersuchten gastronomischen Betriebe in seine Kontrollen mit ein, insbesondere in Bezug auf Ausbildungsstand, Kenntnis der geltenden Hygienevorschriften etc.?
Wenn diese Kontrollen des gastronomischen Personals nicht vom WKD vorgenommen werden: wer bzw. welche Einrichtung ist dann für eine Überprüfung des Gaststättenpersonals zuständig?

Antwort:
Die Zuständigkeit für derartige Überprüfungen liegt bei der Lebensmittelüberwachung.
Die Vorschriften der EU verpflichten jeden Gastronom, für eine jährliche Schulung seiner Mitarbeiter zu sorgen. Diese Schulung umfasst u. a. Warenkunde, Hygiene, Eigenkontrolle, Lagerung etc.
Es ist durch den Unternehmer entsprechend zu dokumentieren, dass die vorgeschriebenen Schulungen vorgenommen wurden.
Des Weiteren haben sich Mitarbeiter und Unternehmer, die mit Lebensmitteln umgehen, einer Belehrung nach dem Infektionsschutzrecht durch das zuständige Gesundheitsamt oder einen entsprechend zugelassenen Arzt zu unterziehen. Der Betriebsinhaber ist verpflichtet, seine Angestellten auch bezüglich des Infektionsschutzes jährlich neu zu belehren und dies zu dokumentieren.

Frage 5:
Von welchen wissenschaftlichen Instituten/Forschungseinrichtungen werden vom WKD in überprüften Gaststätten entnommene Proben weiter untersucht? Verfügt der WKD ggfs. über eigene Laboreinrichtungen?

Antwort:
Wie bereits bei der Beantwortung von Frage 3 ausgeführt, werden die Proben vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit überprüft.

Frage 6:
War der WKD in der Vergangenheit bereits einmal Gegenstand einer Evaluationsmaßnahme? Wenn ja: wann wurde sie von wem durchgeführt? Liegt ggfs. ein Abschlußbericht vor?

Antwort:
Die Lebensmittelüberwachung der Landeshauptstadt München unterliegt im Rahmen des Qualitätsmanagements dem sogenannten Auditsystem des Landes Bayern und wurde im Jahr 2008 von der Regierung von Oberbayern auditiert. Ein Abschlussbericht liegt vor, die Umsetzung des QM-Systems wurde dabei als insgesamt sehr positiv bewertet.

Bald zwei islamische Großprojekte in München? (I und II)
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 8.12.2009

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

In Ihren Anfragen führen Sie aus:
„Aktuellen Medienberichten zufolge soll in München nicht nur die geplante islamische Moschee am Gotzinger Platz doch noch Wirklichkeit werden, sondern darüber hinaus ein weiteres islamisches Großprojekt Gestalt annehmen – ein ‚Zentrum für Islam in Europa', für das der Imam der Penzberger Moschee, Benjamin Idriz, die Initiative ergriffen hat und das mit Unterstützung arabischer Geldgeber realisiert werden soll. Bei den Stadtratsfraktionen soll Idriz bereits geworben und – laut SPD-Fraktionschef Reissl – ‚von allen Seiten ein Wohlwollen' erfahren haben. (nach: www.abendzeitung.de/muenchen/150939 vom 06.12.2009)."

Zu diesen Anfragen nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung.

Anfrage I
Frage 1:
In welcher Form und wann hat der Imam der Penzberger Moschee, Benjamin Idriz, bei der Stadtverwaltung bzw. bei den Rathausfraktionen für das Projekt eines „Zentrums für Islam in Europa" geworben?

Antwort:
Herr Idriz und weitere engagierte Menschen, sowohl islamischen als auch christlichen Glaubens, haben sich 2007 an Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der politischen Parteien gewandt.

Frage 2:
Inwieweit hat sich der Ältestenrat der Stadt München bereits mit dem genannten Projekt befasst?

Antwort:
Der Ältestenrat hat sich bislang nicht mit dem Konzept befasst.
Frage 3:
Laut dem genannten Bericht „denkt [die Stadtverwaltung] (...) über mögliche Standorte etwa an der Dachauer Straße nach" – welche weiteren Standorte sind ggf. darüber hinaus im Gespräch?

Antwort:
Da es noch keine Beschlussfassung durch den Münchner Stadtrat gibt, gibt es derzeit auch keinen Anlass zu weiteren Planungen.

Frage 4:
Wie positioniert sich die Stadt zu dem geplanten islamischen Bauvorhaben – und dies insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass a) bereits das Moscheebauvorhaben am Gotzinger Platz seit Jahren für z. T. erhebliche Unruhe im betroffenen Stadtteil Sendling sorgt, und b) dass erst kürzlich bei einer Volksabstimmung in der Schweiz eine deutliche Mehrheit der Stimmberechtigten den Bau weiterer Minaretten ablehnte? Inwieweit kann die Stadtverwaltung Bedenken nachvollziehen, dass die Verfolgung eines weiteren islamischen Großprojekts in der bayerischen Landeshauptstadt auch in München antiislamische Vorbehalte fördern könnte?

Antwort:
Eine große Anzahl Münchner Bürgerinnen und Bürger sind islamischen Glaubens. Sie haben das durch das Grundgesetz garantierte Recht auf Ausübung ihrer Religion. Dieses Recht ist die Grundlage für die Integrationspolitik der Landeshauptstadt München.

Anfrage II
Frage 1:
Welche Informationen liegen der Stadt über die in der Tagespresse erwähnten „arabischen Geldgeber" vor, die sich finanziell an der Realisierung des projektierten „Zentrums für Islam in Europa" beteiligen wollen?

Antwort:
Das Projekt ist über eine Ideenskizze noch nicht hinaus gediehen. Ob es zu weiteren Konkretisierungen kommt, bleibt abzuwarten.

Frage 2:
Wie bewertet die Stadt den Umstand, dass die Gemeinde des Initiators des genannten Zentrums, Benjamin Idriz, laut Tagespresse vom bayerischen „Verfassungsschutz" beobachtet wird? Welche detaillierteren Informationen liegen darüber ggf. vor?

Antwort:
Der Landeshauptstadt München liegen keine Informationen vor.
Herr Idriz und die islamische Gemeinde in Penzberg haben sowohl in Penzberg selbst, aber auch weit darüber hinaus einen tadellosen Leumund.

Aus der Sicht der Landeshauptstadt München gibt es keinen Grund, hieran zu zweifeln. Im Übrigen hat die islamische Gemeinde Penzberg ein gerichtliches Verfahren gegen die Einschätzung durch den Verfassungsschutz angestrengt.

Frage 3:
Inwieweit thematisierten bei den offenbar stattgehabten Gesprächen zwischen Idriz und den Münchner Stadtratsfraktionen Mitglieder bzw. Fraktionen des Stadtrats die Beobachtung der Idriz-Gemeinde durch den bayerischen „Verfassungsschutz"?
Inwieweit hält insbesondere der Oberbürgermeister die Beobachtung der Idriz-Gemeinde durch den bayerischen „Verfassungsschutz" für problematisch?

Antwort:
Siehe dazu Frage 2.

Unregelmäßigkeiten rund um das „Münchner Heldengedenken" am 14.11.2009 (I und II)
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.11.2009

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfragen (I. u. II) vom 25.11.2009 zur Beantwortung überlassen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurden beide Anfragen in einer Antwort zusammen gefasst; Ihre Fragen kann ich im Anschluss an die inhaltliche Wiedergabe Ihrer Anfragen wie folgt beantworten:

Inhaltlich teilten Sie folgendes mit:

„Am Samstag, 14.11.2009, fand in der Münchner Innenstadt ein als ‚Heldengedenkmarsch' angemeldeter Demonstrationszug statt. Dabei kam es im Vorfeld sowie am Rande der Veranstaltung zu signifikanten Unregelmäßigkeiten, die Fragen nach der (partei)politischen Neutralität der Münchner Stadtverwaltung und der Einsatzleitung der Polizei aufwerfen.

Unmittelbar nach Bekannt werden der Aufhebung des zunächst ergangenen Verbots der Veranstaltung durch den Verwaltungsgerichtshof ging am Freitag, 13.11.2009, um 13.50 Uhr – nach Ende der regulären Dienstzeit – beim Kreisverwaltungsreferat die Anmeldung eines Vereins ‚Gesellige Toleranz in Bayern e.V.', vertreten durch einen Herrn Alexander Wolfrum, ein. Der Verein meldete ohne Einhaltung der behördenüblichen Fristen für den darauf folgenden Samstag, 14.11.2009, 14 bis 19 Uhr, eine Veranstaltung auf dem Marienplatz mit 5000 Teilnehmern an. Die Annahme ist nahe liegend, dass es sich bei dieser Veranstaltung um eine Alibi-Anmeldung handelte, um das zunächst auf dem Marienplatz geplante ‚Heldengedenken' untersagen zu können."

Frage 1:
Wie ist das Prozedere erklärlich, dass außerhalb der Bürozeiten des KVR eine Großveranstaltung auf dem Marienplatz mit einer Vorlaufzeit von weniger als 24 Stunden angemeldet und genehmigt werden konnte?
Antwort:
Versammlungen sind unter freiem Himmel lediglich bei der zuständigen Versammlungsbehörde anzuzeigen, einer Genehmigung bedürfen sie nicht. Diese Anzeige kann neben einer persönlichen Vorsprache im Rahmen der Parteiverkehrszeiten auch schriftlich oder elektronisch erfolgen. Zu Ihrer

Information dürfen wir ihnen mitteilen, dass die Arbeitszeiten der Mitarbeiter/-innen des Kreisverwaltungsreferats nicht mit den Parteiverkehrszeiten gleich zu setzen sind und auch außerhalb der Kernzeiten Versammlungsanzeigen bearbeitet werden.

Die Versammlung des Vereins „Gesellige Toleranz in Bayern" wurde der Behörde mittels E-Mail und daher wirksam angezeigt.

Allerdings war die gesetzliche Anzeigefrist nicht eingehalten. Dies führt aber nicht schon automatisch zum Verbot einer Versammlung. Die Versammlungsbehörde hat im Einzelfall zu prüfen, ob es sich um eine hinnehmbare Fristüberschreitung handelt und ob es ihr möglich ist, die Maßnahmen zu treffen, die sie auch bei rechtzeitiger Anzeige getroffen hätte. Dies war vorliegend der Fall.

Ergänzend wird angemerkt, dass die Nichteinhaltung der Anzeigefrist seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17.02.2009 (1BvR 2492/08) auch keinen Ordnungswidrigkeitentatbestand i.S.d. Art. 21 Nr. 13 des Bayerischen Versammlungsgesetzes – BayVersG – mehr darstellt.

Frage 2:
Findet ein solches Ausnahme-Prozedere auch bei Anmeldungen anderer Veranstalter Anwendung? Welche Kriterien müssen Anmelder dafür erfüllen?

Antwort:
Die Versammlungsbehörde ist gesetzlich verpflichtet, jede einzelne Versammlungsanzeige entgegen zu nehmen und rechtlich zu bewerten. Dieses Verfahren gilt gegenüber jeder Veranstalterin bzw. jedem Veranstalter gleichermaßen.

Frage 3:
Da die vom Verein „Gesellige Toleranz in Bayern e.V." angemeldete Veranstaltung tags darauf dann nicht in der angemeldeten Form stattgefunden hat, liegt möglicherweise ein Missbrauch städtischer Institutionen vor – inwieweit teilt die Stadtverwaltung diese Einschätzung?
Welche Vorkehrungen will die Stadtverwaltung und insbesondere das KVR treffen, um einen solchen Missbrauch städtischer Institutionen künftig auszuschließen?

Antwort:
Die Versammlung wurde grundsätzlich im Rahmen der Versammlungsanzeige durchgeführt; lediglich die Teilnehmerzahl blieb unter der prognostizierten Annahme des Veranstalters. Ein Missbrauch oder die Verwirklichung einer Straftat nach Art. 20 Abs. 2 Nr. 7 BayVersG ist hierdurch nicht zu erkennen.

Ergänzend wird angemerkt, dass die Frage der Teilnehmerzahl für die Abwägung, welcher Versammlung der Marienplatz durch die Behörde zur Verfügung gestellt werden muss, nicht entscheidend war. Zentrale Bedeutung hatte für die Ermessensausübung zugunsten des Vereins „Gesellige Toleranz in Bayern e.V.", vielmehr der thematische zwingende Zusammenhang mit dem Marienplatz (insbesondere dem Alten Rathaus) und der zeitgleich darin stattfindenden Veranstaltung.

Frage 4:
Der Münchner Oberbürgermeister hat in verschiedenen Medien zu Gegenveranstaltungen aus Anlass des für den 14.11. geplanten Gedenkmarsches aufgerufen. Im Zuge dieser Gegenkundgebungen kam es zu gewalttätigen Übergriffen von Linksextremisten, zu Stein- und Flaschenwürfen, durch die mindestens eine Person verletzt wurde. Erhebliche Polizeikräfte waren erforderlich, um den ordnungsgemäßen Ablauf des Gedenkmarsches sicherzustellen. Inwieweit distanziert sich der Oberbürgermeister von den Gegendemonstranten verübten Gewalttaten? Inwieweit kann der Oberbürgermeister nachvollziehen, dass seine Medienaufrufe „gegen Rechts" Gewalttäter aus dem linken politischen Spektrum auf den Plan rufen und dass mit einseitigen Aufrufen gegen eine konträre politische Gesinnung und ihre Vertreter der öffentliche Friede gestört wird?

Antwort:
Der Oberbürgermeister tritt dafür ein, dass in München für den Ungeist von Antisemitismus, politischem Extremismus, von Intoleranz und Gewalt kein Platz ist. Er verurteilt daher jede Form von extremistischer Gewalt, fordert aber bürgerschaftliches Engagement ein.

Frage 5:
Die Landeshauptstadt München hatte – wie schon im Vorjahr – mit einer rein politischen Argumentation den für den 14.11.2009 geplanten Gedenkmarsch zunächst verboten. Dabei war absehbar, dass dieses Verbot vor dem Verwaltungsgerichtshof keinen Bestand haben würde. Durch dieses unnötige Verfahren sind der Landeshauptstadt Kosten entstanden – wie

hoch sind diese Kosten? Inwieweit sieht sich der Oberbürgermeister als treibende Kraft hinter dem zunächst ausgesprochenen Veranstaltungsverbot in der Verantwortung für die angefallenen Verfahrenskosten und ist bereit, diese wenigstens anteilig selbst zu übernehmen, anstatt die Münchner Steuerzahler damit zu belasten?

Antwort:
Die Versammlungsanzeige 2009 unterschied sich zum Vorjahr hinsichtlich des angegebenen Themas; insofern war der Ausgang des Verfahrens für die Stadt München nicht absehbar.

Die Rechtsauffassung des Kreisverwaltungsreferates wurde überdies zunächst durch das Verwaltungsgericht München bestätigt und erst durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in einer Eilentscheidung aufgehoben. Das Hauptsacheverfahren ist noch anhängig; eine abschließende Beurteilung der Frage der Rechtmäßigkeit steht derzeit noch aus.

An Kosten sind vorläufig 276,95 Euro entstanden.

Zur Beantwortung Ihrer Fragen zum II. Teil Ihrer Anfrage kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Frage 1:
Während des o.g. Gedenkmarsches am 14.11.2009 überließ die Einsatzleitung immer wieder durch ostentative Zurückhaltung gewalttätigen Gegendemonstranten das Feld. So war es über zwei Stunden lang nicht möglich, die beiden für den Gedenkmarsch eingeplanten Fahrzeuge der Veranstalter, obwohl um 12.45 Uhr dort eintreffend, zum Goetheplatz zu bringen. Obwohl die Fahrzeuge von Polizeikräften vom Sendlinger-Tor-Platz über die Kapuzinerstraße zum Goetheplatz umgeleitet wurden, wurde das dortige Absperrgitter so lange nicht geöffnet, bis gewaltbereite Gegendemonstranten aus dem linksextremen Spektrum Gelegenheit hatten, die Fahrzeuge zu attackieren.

Welches Einsatzkonzept lag diesem Verhalten der am Goetheplatz eingesetzten Polizeikräfte zugrunde? Inwieweit nahm die Einsatzleitung durch ihre Zurückhaltung eine gewalttätige Konfrontation zwischen den Veranstaltern des Gedenkmarsches und gewaltbereiten Gegen-Demonstranten in Kauf? Auch am Kaiser-Ludwig-Platz konnte aus nächster Nähe beobachtet werden, wie ein USK-Zugführer 30 Minuten lang versuchte, eine telefonische Weisung von der Einsatzleitung zu erhalten. Inwieweit lag dieser

Verzögerung eine einsatztaktische Maßnahme oder schlicht und einfach Inkompetenz der Einsatzleitung zugrunde?

Antwort:
Zur Beantwortung Ihrer Frage teilte das Polizeipräsidium München folgendes mit:

Vorab ist festzustellen, dass Hr. Hasselbach mit seinem Lkw nicht um 12.45 Uhr, sondern erstmalig gegen 13.35 Uhr in der Häberlstraße angetroffen wurde. Aufgrund der bereits starken Präsenz von Gegendemonstranten war eine direkte Zufahrt auf den Goetheplatz nicht möglich. Eine zeitgerechte Anfahrt hätte das Problem sicherlich vermieden.

Um die Heranführung des Kundgebungsmittels zu gewährleisten, wurde mit ihm die Anfahrt über den Bavariaring und die Schwanthalerstraße vereinbart. Dort sollte ihm die ungehinderte Einfahrt in den abgesperrten Bereich ermöglicht werden. Herr Hasselbach signalisierte, dass er die Wegbeschreibung verstanden habe.

Ca. 20 Minuten später wurde Hr. Hasselbach aus für uns nicht ersichtlichen Gründen mit seinem Lkw an der Lindwurmstraße/Ecke Kapuzinerstraße angetroffen. Um eine weitere Verzögerung zu vermeiden, erfolgte nun eine Begleitung durch ein Dienstfahrzeug. Am Kaiser-Ludwig-Platz mussten die Fahrzeuge kurz angehalten werden. Danach gelangte der Lkw auf die Aufzugsstrecke und traf gegen 14.20 Uhr an der Auftaktkundgebungsörtlichkeit ein.

Die umfangreichen Absperrungen waren erforderlich, um eine Konfrontation mit gewaltbereiten Gegendemonstranten im Ansatz zu verhindern und die ungestörte Durchführung der Versammlung der FNM zu gewährleisten.

Frage 2:
Während des weiteren Verlaufes des Gedenkmarsches waren immer wieder gefährliche Situationen zu beobachten, die im Vorfeld hätten entschärft werden können. So konnten sich potentielle Gewalttäter ungehindert zusammenrotten, Wurfgeschosse sammeln und präparieren. Mindestens zwei Versammlungsteilnehmer wurden durch Stein- und Flaschenwürfe verletzt. Bereits im Vorfeld wären die größtenteils vermummten „Autonomen" am Georg-Freundorfer-Platz zu separieren gewesen. Warum ist dies nicht geschehen?

Antwort:
Zur Beantwortung Ihrer Frage teilte das Polizeipräsidium München folgendes mit:

Nach unseren Feststellungen war der überwiegende Teil der Personen, die sich zum gemeinsamen Protest gegen die Versammlung der FNM entlang der Zugstrecke aufhielten, friedlich. Damit bewegten sich diese Personen im Rahmen des verfassungsmäßig garantieren Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Erkannte potentielle Gewalttäter wurden von der Polizei begleitet. Dadurch konnten Situationen, wie sie von Hr. Richter beschrieben wurden, weitestgehend frühzeitig erkannt und verhindert werden.

Gewalttätige Aktionen, insbesondere das Werfen von Gegenständen, wurden durch die starke polizeiliche Präsenz im Ansatz unterbunden. Trotzdem kam es zu nicht vermeidbaren Einzelfällen. Hier wurden entsprechende strafprozessuale Maßnahmen, insbesondere Festnahmen, durchgeführt. Uns waren bislang keine Verletzungen von Versammlungsteilnehmern der FNM bekannt. Herr Richter spricht in Teil I seiner Anfrage von mind. einem Verletzten, in Teil II von mind. zwei verletzten Personen. Sofern Herrn Stadtrat Richter Personalien von Geschädigten vorliegen, bitten wir diese an die Polizei zu übermitteln, um entsprechende Strafverfahren einleiten zu können.

Frage 3:
Durch die Duldung nicht genehmigter Gegendemonstrationen wie am 14.11.2009 erhalten Gewalttäter aus dem linksextrem-autonomen Spektrum eine Argumentations- und Legitimationsbasis für Straftaten. So wies erst kürzlich die Leiterin des Berliner „Verfassungsschutz"-Amtes, Claudia Schmid, darauf hin, dass durch Demonstrationsbündnisse zwischen bürgerlichen und extremistischen Gruppierungen linke Gewalttäter sich als „Vollstrecker einer schweigenden Mehrheit" betrachten können. Inwieweit sieht der Oberbürgermeister – etwa mit Blick auf die Vorkommnisse im Vorfeld und am Rande des Münchner Gedenkmarsches am 14.11.2009 – eine solche Entwicklung auch in der bayerischen Landeshauptstadt? Inwieweit vermag der Oberbürgermeister nachzuvollziehen, dass durch den öffentlich transportierten „Kampf gegen Rechts" auch die Münchner Polizeiführung einem permanenten Meinungsdruck ausgesetzt wird, der ein adäquates Vorgehen gegen rechte und linke Gewalttäter zunehmend unmöglich macht?

Antwort:
Das bayerische Versammlungsgesetz überträgt der Polizei ab Beginn der Versammlung die alleinige Zuständigkeit als Versammlungsbehörde. Insofern fällt die Beurteilung nicht angezeigter Versammlungen in den Verantwortungsbereich des Polizeipräsidiums München. Hierbei ist die Polizei als Landesbehörde bezüglich Taktik und Strategie nicht den Weisungen der Landeshauptstadt München unterworfen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 27. Januar 2010

Leitprojekt „GenE“: Gestaltungskompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung im Bildungsbereich umsetzen
Antrag Stadträtinnen Dr. Ingrid Anker, Verena Dietl, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadträtinnen Jutta Koller, Sabine Krieger (Bündnis 90/ Die Grünen)

TSV Moosach-Hartmannshofen e. V. erhält Zuschuss für Kunstrasenplatz
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ursula Sabathil, Josef Schmid, Mario Schmidbauer und Mechthilde Wittmann (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD-Stadtratsfraktion

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/rosa Liste

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 27.01.2010

Leitprojekt „GenE“: Gestaltungskompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung im Bildungsbereich umsetzen

Antrag

Das Schul- und Kultusreferat und das Referat für Gesundheit und Umwelt setzen im Rahmen der Leitlinie Bildung das Leitprojekt „GenE –Gestaltungskompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung“ für die Dauer von drei Jahren gemeinsam um.

Ziel ist die Schaffung von Kompetenzen in Bildungseinrichtungen, um Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen das nachhaltige Denken und Handeln als Kulturtechnik zu vermitteln.

Das Schul- und Kultusreferat hat dabei seinen Handlungsschwerpunkt bei den Zielgruppen „Schulen und Kindertagesstätten“, während das Referat für Gesundheit und Umwelt sich insbesondere um Einrichtungen der Erwachsenenbildung und die Fortbildungseinrichtungen der Jugendverbände, Kammern und Gewerkschaften kümmert.

Begründung:

Der Klimawandel und die Ressourcenverknappung zwingen zum Nachdenken über nachhaltiges Wirtschaften. Bildung hat bei der Verankerung dieses Denkens in der Gesellschaft eine Schlüsselrolle. Zum Erfassen dieser komplexen Zusammenhänge und ihrer Auswirkungen auf die Gesellschaft sind neue pädagogische Methoden notwendig. Hier setzt das Leitprojekt „GenE“ an. Es vermittelt die erforderlichen Kernkompetenzen, um Schüler und Lehrer auf die Bewältigung und Gestaltung des globalen Wandels vorzubereiten.

Für die
SPD-Stadtratsfraktion

gez.
Beatrix Zurek
Birgit Volk
Verena Dietl
Dr. Ingrid Anker

Für die
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/rosa Liste

gez.
Sabine Krieger
Jutta Koller

Josef Schmid Mechthilde Wittmann Ursula Sabathil Mario Schmidbauer

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
27.01.10

TSV Moosach-Hartmannshofen e.V. erhält Zuschuss für Kunstrasenplatz

Der Turn- und Sportverein Moosach-Hartmannshofen erhält für die Anlage eines Kunstrasenplatzes einen städtischen Zuschuss in Höhe von 120.000 Euro.
Im Gegenzug stellt der TSV Moosach-Hartmannshofen e.V. den Platz für die kommenden 25 Jahre dem Schulsport unentgeltlich zur Verfügung.
Die untere Naturschutzbehörde wird gebeten, die notwendige landschaftsschutzrechtliche Erlaubnis positiv und unter Abwägung aller für die Stadt notwendigen Interessen zu prüfen.

Begründung:

Der TSV Moosach-Hartmannshofen hat von der Schlösser- und Seenverwaltung langfristig die Sportplatzanlage in der Lechelstraße 35 angepachtet. Das Gelände liegt im Landschaftsschutzgebiet Kapuzinerhölzl. Ein FFH-Gebiet grenzt nach Aussage der Stadt unmittelbar an das Sportgelände an, bzw. es liegt ein Tartanspielfeld zu 50 % in dem bezeichneten FFH-Gebiet. Die vorhandenen beiden Sportrasenplätze werden seit vielen Jahrzehnten als Fußballspielfelder genutzt. Dies gilt gerade für jenen Sportplatz, der auch über eine Flutlichtanlage verfügt und auf dem jetzt ein Kunstrasen aufgebracht werden soll. Dort spielen neben den 15 Jugend- und 5 Erwachsenenmannschaften des TSV auch über 500 Kinder der Grund- und Hauptschule an der Haldenbergerstraße und viele Jugendliche weiterer Sport-Initiativen . Insgesamt wird der Platz ca. 1.600 Stunden im Jahr genutzt.

Die seit über 70 Jahren stattfindende Nutzung dieses Spielfeldes hat eine extreme Verdichtung und Überstrapazierung der Fläche zur Folge. Mehrfache Sanierungsversuche zur Verbesserung der Versickerungsfähigkeit scheiterten. Ein wesentliches Problem dieses Rasenspielfeldes besteht auch darin, dass das angrenzende Tartanfeld über keine Entwässerung verfügt, so dass bei Regenfällen das Oberflächenwasser auf Teile des Rasenspielfeldes fließt und dieser Platz unter Wasser steht.
Folge ist somit, dass dieser Platz entweder knochentrocken ist oder aber unter Wasser steht.

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

Eine Sanierung mit einem neuen Rasen ist im Hinblick auf die Beanspruchung, die beibehalten werden soll, nicht möglich, Vielmehr gebietet der Umfang der Nutzung auf diesem Rasenspielfeld, insbesondere die Beibehaltung des Schulsportes, die Verwendung eines Kunstrasens. Ein herkömmlicher Rasen wäre allenfalls in der Lage, ca. 800 Stunden Benutzung im Jahr ohne Schäden zu verkraften, wohingegen die Belastung eines Kunstrasens bei über 2.400 Stunden liegt.

Die Untere Naturschutzbehörde, die die lanschaftsschutzrechltiche Erlaubnis erteilen muss, hat Bedenken wegen der Lage des Sportgeländes im Landschaftsschutzgebiet, der Nähe zum FFH Gebiet und der fehlenden Wasserdurchlässigkeit von Kunstrasen angemeldet. Der TSV Moosach-Hartmannshofen hat die Kompensation durch Ersatzpflanzungen bzw. Bereitstellung einer Ausgleichsfläche angeboten. Außerdem handelt es sich beim geplanten Kunstrasenplatz um eine wasserdurchlässige Konstruktion.

Die Gesamtabwägung aller Interessen führt unseres Erachtens dazu, dass den Belangen des Sports, insbesondere des Schulsports der Vorrang einzuräumen ist, zumal Ausgleichsmaßnahmen möglich sind und der geplante Kunstrasenplatz wasserdurchlässig sein wird. Insoweit hat der Verein Anspruch auf die Erteilung der beantragten landschaftsschutzrechtlichen Erlaubnis.

Um den Spiel- und Trainingsbetrieb langfristig zu sichern ist die Errichtung des Kunstrasenplatzes unumgänglich notwendig. Mit dem städtischen Zuschuss könnte gesichert werden, dass der Platz auch weiterhin - der bestehende Vertrag läuft Ende 2010 aus - für den Schulsport für die Grund- und Hauptschule an der Haldenbergerstraße sowie weiteren schon ansässigen Jugend-Sport-Initiativen zur Verfügung steht.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Mechthilde Wittmann, Stadträtin

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Mario Schmidbauer, Stadtrat